



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/279 - 1.12.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Zur Mietpreiserhöhung	S. 1
Sudan - Ein neuer Staat im Werden	S. 3
New York Times: Der Glücksstern der Hohen Kommissare	S. 4
Um der Gerechtigkeit willen	S. 5

## Das Weihnachtsgeschenk aus Bonn

R.D. Es ist nicht der Lastenausgleich, der den Vertriebenen, Kriegs- und Währungsgeschädigten zu Weihnachten 1950 schon endgültig versprochen war, und den die Bundesregierung zu Weihnachten 1951 bescherte, dagegen hat sie den Mietpreis-Stop und den Kündigungsschutz bei Wohnraum weitgehend gelockert und für gewerbliche Räume sogar völlig aufgehoben. Diese kleine "Mietpreis-Reform" soll der Vorläufer einer für das Frühjahr angekündigten größeren sein, die alle Mieten um zehn Prozent nachziehen soll, falls die Hausbesitzer bis dahin nicht die Lücke gefunden haben, einen höheren Mietpreis durchzusetzen. Die Wirkung der Verordnungen ist folgende:

Seit dem 1. Dezember 1951 kann der Hausbesitzer ungestraft, allerdings nur in "freier Vereinbarung" mit seinen Mietern, die Altbau-Mieten auf die sogenannte "Richtsatzmiete" für den sozialen Wohnungsbau heranziehen. Nur dann, wenn der Mieter mit der Heranziehung nicht einverstanden ist, kann die Preisbehörde den Mietpreis wieder herabsetzen, jedoch nicht unter 110 Prozent der Stichtagsmiete vom 17.10.1936.

Wenn es noch am 30.11.1951 strafbar war, daß ein Hausbesitzer Aufschläge für Untermieter erhob, so ist es seit dem 1. Dezember sein gesetzliches Recht, 20 Prozent - bei gesetzlichen Untermieten nur fünf Prozent - der Leerraummiete des untervermieteten Raumes in Anspruch zu nehmen. Außerdem können nun im ganzen

Bundesgebiet die Mehrbelastungen aus Grundsteuern und Gebühren, Wassergeld, Schornsteinfeger usw., auf die Mieten abgewälzt werden und schließlich sind alle Mieten für gewerbliche Räume "frei". Die gesetzte Grenze, 1. April 1952, hat nur insofern Bedeutung, als vor diesem Tag und bei laufenden Miet- und Pachtverträgen, keine Erhöhung "erzungen" werden kann.

Betroffen werden von diesen Regierungsverordnungen die sozial schwächsten Bevölkerungsschichten, die Rentner und Fürsorgeempfänger, die zumeist Inhaber solcher Altbau-Wohnungen sind, und über sie die Kommunen, die durch Mietzuschüsse an die Rentner einen Ausgleich zugunsten des Hausbesitzes zu geben haben. Betroffen ist weiter die Unzahl der Vertriebenen und Ausgebombten, die einzeln oder als Familie in Untermietverhältnisse eingewiesen sind. Betroffen wird durch die erhöhten Mieten für gewerbliche Räume die ganze westdeutsche Verbraucherschaft, denn sie wird in den Warenpreisen wiederfinden, was Handel und Gewerbe als erhöhte Kosten in die Preise einbezieht.

Bezeichnend für die Grundhaltung der Regierung ist, daß sie sich bei ihren Verordnungen, die die Lebenshaltung der Bevölkerung entscheidend verändert, nicht nur der offenen Stellungnahme des Bundestages und des Bundesrates entzieht, sondern nach dem Muster der Nazis für ihre Verkündungen einen Zeitpunkt wählt, an dem diese Gremien nicht zur Stellungnahme herangerufen werden können. Wer erinnert sich nicht der bedenklichen Freitags-Verkündigungen in "Klumpfüßchens Märchenstunde". Wir wünschten uns von einer "demokratischen" Regierung demokratischere Methoden.

Wer nun die karge Weihnachtsunterstützung der Fürsorgeämter oder die Weihnachtsgratifikation seines Betriebes dem Hausbesitz zum Opfer bringt, wer künftig bis zu 300 Prozent gesteigerte Ladenmieten zahlt und als Verbraucher daraus höhere Preise, wie es das Beispiel an der Saar so deutlich zeigt, wer sein Geschäft darüber verliert, wer schließlich als Vertriebenen oder Ausgebombter zwar keinen Ausgleich für seinen Verlust, aber dafür höhere Mieten für seinen beschränkten Wohnraum zahlt, der dankt an diese "sozial verpflichtete" Regierung, die uns auf dem größten Mangelsektor unserer Zeit, dem Wohnungsmarkt, den rücksichtslosen Kampf aller gegen alle als Weihnachtsgeschenk bescheert hat.

Umschwung im Sudan

f. Man stelle sich für einen Augenblick vor, die britische Labour-Regierung hätte sich bereiterklärt, dem Sudan die Selbständigkeit zu geben. Die konservative Opposition hätte sie ganz zweifellos des Verrates britischer Interessen unter ägyptischen Druck bezichtigt. Nun ist die konservative Opposition von gestern die Regierung von heute, und diese konservative Regierung ist dazu bereit, im kommenden Jahr dem Sudan die Selbständigkeit zu gewähren.

Wir sind unter der Last eigener Sorgen geneigt, Vorgänge in der Ferne ziemlich unbeachtet zu lassen, zumal dann, wenn ihre Hintergründe schwer durchschaubar sind oder zu sein scheinen. Es ist bis zu den jetzigen Unruhen um die Suezkanalzone eine Entwicklung ziemlich unbekannt geblieben, deren vehementester Ausdruck die turbulenten Szenen auf der ägyptischen Bühne sind. Da im Sudan bis auf einige bemerkenswerte Verhaftungen bedeutender oppositioneller Politiker relativ Ruhe herrscht, hat er das Schlagzeilenlicht der Weltpresse noch nicht erblickt. Dennoch wird man aller Voraussicht nach in einer nicht mehr fernen Zukunft die politische Karte Afrikas ändern müssen, denn es wird dort dann gleich zwei neue selbständige Staaten geben, den Sudan und Libyen, und möglicherweise ein neues britisches Dominion, nämlich die Zentralafrikanische Föderation, die eines der großen Ziele der Labour-Regierung war.

Weder die vergangene Labour-Regierung noch ihre konservativen Vorgängerinnen haben sich jemals auf einen Termin eingelassen wollen, wann der Sudan auf dem geplanten Weg zur Selbständigkeit sein erstes Ziel erreicht haben soll. Seit zweiundfünfzig Jahren steht er unter gemeinsamer britisch-ägyptischer Verwaltung unter einem britischen Generalgouverneur. Die heikle Frage seiner künftigen Souveränität ist immer offen geblieben. Da die Briten ihre faktische Vorherrschaft angesichts des ägyptischen Widerstandes nicht in eine "Fogel" verwandeln konnten, andererseits aber auch nicht daran dachten, den Ägyptern das Feld zu räumen, blieb der Sudan nominell unter der Herrschaft beider, wie es der britisch-ägyptische Vertrag von 1899 bestimmte. Da die ägyptische Regierung vor ein paar Wochen den Vertrag zerrissen hat, schien nur die britische Herrschaft übrigzubleiben. Von der Selbstregierung, die der Sudan 1952 erreichen soll, bis zur

wirklichen Souveränität ist zwar immer noch ein ziemlich weiter Weg, aber es kann wohl kaum zweifelhaft sein, daß er unter dem Druck des rasch selbstbewußter werdenden sudanesischen Nationalismus in sehr viel kürzerer Zeit zurückgelegt werden wird, als vor kurzem noch angenommen werden mußte.

Es kann sein, daß eine souveräne sudanesische Regierung den im neuen Titel Faruks als des Königs von Ägypten und des Sudans vorweggenommenen Anspruch nicht anerkennen wird. Aber auf die Dauer kann kein selbständiger Sudan existieren, wenn er sich Ägypten zum Feind macht. Es ist also naheliegend, daß, wenn nicht sofort, so doch nicht allzu lange nach der Erreichung wirklicher Unabhängigkeit der Sudan in irgendeiner Form einen Bund mit Ägypten suchen wird.

+ + +

#### Auf den Kopf gestellt

(sp) Man kann auf mancherlei Art polemisieren, auch dadurch, daß man die Dinge einfach auf den Kopf stellt.

In einer Verlautbarung der CDU findet sich der Satz: "So rückt die Opposition in der Sicht des Auslandes in eine Reihe mit den Rechtsradikalen". Diese Behauptung wurde am gleichen Tage aufgestellt, an dem in Wolfsburg der CDU-Bürgermeister auch mit den Stimmen der SRP gewählt wurde; sie wurde aufgestellt, obwohl jedermann weiß, daß in vielen Orten Norddeutschlands Regierungsparteien und SRP gemeinsam operiert haben, obwohl die enge politische Nachbarschaft der SRP insbesondere zur Regierungspartei der DP unbestritten ist. Die SRP selbst weiß, und sie hat das durch ihre führenden Vertreter oft genug ausgesprochen lassen, daß ihr einziger Gegner ohne inneren Vorbehalt die SPD ist.

Ein anderer Satz der erwähnten CDU-Verlautbarung: "Eine Opposition, die sich in ihrem Kampf gegen die Politik der Regierung dazu hinreißen läßt, das ureigenste Anliegen des deutschen Volkes, seine gleichberechtigte Eingliederung in die Gemeinschaft der freien Völker zu hintertreiben, wird zu einer nationalen Gefahr". Aus schwarz nach weiß. Es ist der Inhalt des außenpolitischen Kampfes der SPD, die gleichberechtigte Eingliederung Deutschlands in eine solche Gemeinschaft zu erreichen, eine Politik, die die Regierung zwar proklamiert, aber nicht praktiziert. Die SPD wehrt sich aber mit großer Entschiedenheit gegen eine Position minderen Rechtes für Deutschland, die durch die Politik der Regierung Adenauer auf Generationen verzwigt würde. Deshalb ist Dr. Adenauer auch persona grata und Dr. Schumacher höchst unbeliebt.

Die "New York Times" schrieb am 25. November: "Eine der Quellen von Dr. Adenauers Stärke ist, das, obwohl er gelegentlich in seinen Verhandlungen mit den drei Westmächten rechtshaberisch ist, die alliierten Hohen Kommissare ihren Glückssternen danken, daß sie mit ihm und nicht mit Dr. Schumacher, dem Sozialistenführer, zu tun haben". Sie werden wissen, weshalb.

Um der Gerechtigkeit willen

s-s. Ein ehemaliger SS-Sturmbannführer - Riebel heißt der tapfere Mann - hat die Stadt Bensheim verklagt, sie müsse ihm 10000 M bezahlen, weil wegen ungenügenden Polizeischutzes seine Wohnung 1945 geplündert worden sei. Man möchte beinahe wetten, daß der Mann die 10000 M bekommt ! Man möchte wetten, daß er sie früher bekommt als irgendein Opfer der Verbrechen des Naziregimes einen Ausgleich für seine Haft oder seine Verluste, als der Jüder seine Entschädigung und als der überlebende Jude seine Wiedergutmachung. - So etwas, wie die Entschädigung für den ehemaligen SS-Sturmbannführer geht doch schnell bei uns, um der Gerechtigkeit willen !

Daß ein solcher Antrag mit guter Aussicht auf Erfolg gestellt werden kann ist dabei viel schlimmer, als die Unverschämtheit des Antragstellers. Diese Leute können es sich schon wieder erlauben, jede Frechheit zu begehen, denn sie werden dafür belohnt werden. Daß 1933 tausende von Wohnungen in Deutschland wegen "ungenügenden Polizeischutzes" geplündert wurden, als die Horden der SA durch die Straßen zogen, das hat noch kein Verfolgter von damals in Deutschland zum Anlaß einer Klage genommen und wir hörten auch nicht, daß Staatsanwaltschaften entsprechende Prozesse angestrengt hätten, schon gar nicht, daß eine Regierung auf die Idee gekommen wäre, den Geplünderten von damals aus den Vermögenswerten der Herren Gauleiter, Kreisleiter und der hohen NSDAP-Funktionäre Ersatz zu leisten.

"Um der Gerechtigkeit willen" - das geht nicht ! Herr Lohse muß in Schleswig-Holstein "sein" Gut wieder beziehen können und Herr Kaufmann in Hamburg "seinen" Besitz ähnlichen Umfangs. So kann auch Herr Riebel in Bensheim 10000 M einklagen für einen Wohnungseinhalt, der 1945 vielleicht nur einen Bruchteil dieser Summe wert war. Hatte Herr Riebel ihn schon vor 1933 ? Später sind Wohnungen ohne Zahl geplündert, sind Menschen ermordet worden, deren Besitz, wie man aus der Roeder-Akte weiß, dem Reichssicherheitshauptamt zur Verwendung zugewiesen wurde. Das Regime hat durch Jahre am laufenden Band "enteignet" und gestohlen, was es greifen konnte.

Riebel wird zu seinem Gelde kommen ! Wer uns beweisen kann, daß gegen Manfred Roeder, den einstigen Generalrichter der Luftwaffe, der sich die Gehängten ansah, wie sie an den Fleischerhaken verendeten, nichts unternommen werden könne, der wird uns auch beweisen, daß gegen die Riebels kein Kraut gewachsen ist - um der Gerechtigkeit willen !

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raukau